

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung 1
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Stefan Wenzel, Imke Byl, Miriam Staudte und Julia Willie Hamburg (GRÜNE)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz namens der Landesregierung

Sicherung der Akten zur Schachtanlage Asse: Fortsetzung der Arbeit des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese in Goslar (IWW Goslar)

Anfrage der Abgeordneten Stefan Wenzel, Imke Byl, Miriam Staudte und Julia Willie Hamburg (GRÜNE), eingegangen am 14.09.2018 - Drs. 18/1620
an die Staatskanzlei übersandt am 17.09.2018

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 28.09.2018

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 18.04.2018 hat der Landtag folgenden Beschluss gefasst, der in der Drucksache 18/722 dokumentiert ist:

„Fortsetzung der Arbeit des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese in Goslar

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. das Institut für Wissensanalyse und Wissenssynthese (IWW) in Goslar zu unterstützen und
2. sich beim BMBF dafür einzusetzen, die Arbeit des IWW weiter zu fördern und am Standort Goslar zu erhalten.“

Der Landtag fasste bereits Ende 2012 den Beschluss, das Aktenmaterial des 21. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Schachtanlage Asse II dauerhaft zu sichern und zugänglich zu machen (Drucksache 16/5386). In dem Beschluss hat der Landtag darauf aufmerksam gemacht, dass er es sehr begrüßen würde, wenn das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) aus der politisch-historischen Verantwortung als langjähriger Zuwendungsgeber für die Schachtanlage Asse mit dazu beitragen könnte, die Erkenntnisse aus sämtlichen Akten des Untersuchungsausschusses zusammenzutragen und aufzubereiten.

Diesem Wunsch ist das BMBF nachgekommen, indem es den Antrag des Helmholtz Zentrums München für das Projekt „Wissensmanagement von Altdokumenten aus Forschung, Verwaltung und Betrieb“ zum 01.06.2013 für die Dauer von fünf Jahren förderte. Daraufhin wurde zur Durchführung dieses Projekts das Institut für Wissensanalyse und Wissenssynthese (IWW) in Goslar eingerichtet. Zum Jahresende will das BMBF die Förderung beenden und hat schon zum Mai 2018 eine Kürzung der Mittelbereitstellung vollzogen.

Vorbemerkung der Landesregierung

Am 24.09.2018 hat der Leiter des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese (IWW) in Goslar, Dr. Eck, anlässlich der 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz über die bisher geleistete Arbeit und die weiteren anstehenden Aufgaben des Instituts berichtet.

Danach habe der Aufsichtsrat des Helmholtz-Zentrums München entschieden, die Förderung des IWW mit dem 31.12.2018 zu beenden.

Die restliche Zeit werde von den drei verbliebenen Beschäftigten dazu genutzt, den Abschlussbericht zu erstellen.

Dr. Eck berichtete, dass die Ergebnisse der Arbeiten des IWW in einem Bericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.

Mindestens ein ehemaliger Mitarbeiter des IWW habe bereits eine Verwendung bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung gefunden und werde die inhaltliche Arbeit dort fortsetzen. Die Aufgabe befände sich dort bereits im Aufbau.

1. Wie ist der aktuelle Stand bei Status und Förderung des IWW Goslar?

Der ursprüngliche bewilligte Förderzeitraum ist am 31.05.2018 abgelaufen. Nach Auskunft des IWW wurde dieser Förderzeitraum auf Antrag des Instituts bis zum 31.12.2018 verlängert. Das Aufsichtsgremium des Helmholtz Zentrum München hat im Übrigen aber entschieden, die Förderung des IWW Goslar mit diesem Datum einzustellen. Die Arbeit des IWW endet nach derzeitigem Stand somit zum 31.12.2018.

2. Was hat die Landesregierung veranlasst, um den Beschluss des Landtages vom 18.04.2018 umzusetzen?

Die Landesregierung hat Gespräche mit dem IWW Goslar, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und anderen geführt, um Möglichkeiten einer Fortführung des Instituts im Sinne der Landtagsentschließung zu eruieren. Im Weiteren wurde u. a. die Möglichkeit einer Projektübernahme bzw. Finanzierung durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH verfolgt. Zugleich hat sich die Landesregierung bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze dafür eingesetzt, die Fortsetzung der Arbeit des IWW Goslar zu ermöglichen.

3. Welche Möglichkeiten bzw. Alternativen zum dauerhaften Erhalt des IWW Goslar wurden in Gesprächen mit dem Bund erörtert bzw. vom Land vorgeschlagen?

Siehe Antwort zu Frage 2.